Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 9. Mai.

Am Ministertisch: von Trott zu Solz.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Der Kronprinz hat für die Glückwünsche zu seinem Geburtstag ein Danktelegramm gesandt.

Der Kultusetat.

(12. Tag.)

Die allgemeine Besprechung über das gesamte Volksschulwesen wird fortgesetzt. Hierzu liegen vor die Anträge Viereck (Freikons.), Küntzer (Natl.) und Ernst (Vp.) auf Kenderung der Schulunterhaltungspflicht in Westpreußen und Posen.

Abg. von Ditfurth (Kons.):

Den gestrigen Ausführungen des Abg. Viereck können wir nur zustimmen. Herr Leinert hat gestern zwei Stunden gesprochen, trotzdem das Haus das Bestreben hat, die Beratung nach Möglichkeit zu fördern. Auf seine Rede mit all den Uebertreibungen brauche ich wohl nicht weiter einzugehen. In Ostpreußen hat ein Schulrat eine Arbeit über das Lied „Heil dir im Siegerkranz" auf einem Seminar nicht zugelassen, weil dieses Lied nur zum Singen da sei; wir halten das für recht bedauerlich.

Ich bitte dann den Minister, dafür zu sorgen, daß auf den Volksschulen der Pflege der deutschen Sprache mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt wird. Ein gutes, reines Deutsch muß gelehrt werden, kein Deutsch, das verhunzt und verdorben ist. Leider sind ja auch die meisten Gesetze in einem Deutsch abgefaßt, das von einfachen Leuten gar nicht verstanden wird. Dasselbe gilt von den meisten amtlichen Verfügungen und auch von den Antworten, die dem Hause häufig von der Regierung zuteil werden. Der Redner verliest unter großer Heiterkeit des Hauses einige amtliche Erläuterungen und Gesetzesbegründungen. Und dabei führt Hans Delbrück seit 25 Jahren in den Preußischen Jahrbüchern einen scharfen Kampf gegen den Deutschen Sprachverein, dem sämtliche Minister angehören! Bedauerlich ist, daß so viele Fabrikanten für ihre Waren fremdländische Bezeichnungen wählen. Auch die Zeitungen sollten nicht so viele Fremdwörter brauchen. Denn welch einen Eindruck muß das im Auslande machen. Ich hoffe, daß die Lehrer im Kampfe für die schöne deutsche Sprache auf unserer Seite stehen. Aber leider gibt es auch unter ihnen viele, die mit Vorliebe Fremdwörter brauchen. Man sollte ferner die ausländischen Bezeichnungen für Beamte, wie: Registratoren, Kuratoren usw. beseitigen.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz macht den Redner darauf aufmerksam, daß das Volksschulwesen zur Beratung steht, und daß der Kampf gegen die Fremdwörter nicht zur Sache gehöre.

Abg. v. Ditfurth:

Ich bitte den Minister nochmals, der Muttersprache mehr Pflege angedeihen zu lassen. Wenn auch nur wenig Herren zuhören, so hört uns doch das ganze Volk und verfolgt mit Interesse das, was hier gesagt wird. Das Volk ehrt sich selbst, das seine Muttersprache ehrt. (Beifall rechts.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Ich bin durchaus bereit, im Sinne des Vorredners für die Reinigung der deutschen Sprache tätig zu sein. Wenn er an den Verfügungen der Behörden in der Beziehung Kritik geübt hat, so muß er doch zugeben, daß es wesentlich besser geworden ist. Die Behörden sind bemüht, den alten Kurialstil aufzugeben und jede Verfügung in einer jedem verständlichen Sprache zu erlassen. Ich bin auch bereit, aus meinem Etat Fremdworte zu beseitigen, die gänzliche Reinigung der deutschen Sprache von Fremdwörtern wird sich aber nicht durchführen lassen, da vielfach bestimmte Fremdwörter prägnanter sind und sich nicht einfach übersetzen lassen. (Sehr richtig!) Was die Aenderungen im Gebiete des Seminarwesens anbetrifft, so habe ich bereits hervorgehoben, daß sich die Bestimmungen des Jahres 1901 durchaus bewährt haben. Diese grundsätzlichen Bestimmungen sollen deshalb nicht beseitigt werden; es kann sich nur um kleine Aenderungen handeln. Der Unterricht in den Seminaren soll nicht in die Breite, sondern in die Tiefe gehen, und nicht multa, sondern multum lehren. Ich gebe zu, daß in Ostpreußen eine Ungeschicklichkeit vorgekommen ist, aber der Bedeutung der Nationalhymne ist nicht zu nahe getreten worden, und an der Königstreue und Vaterlandsliebe des außerordentlich tüchtigen Beamten ist kein Zweifel.

Der Abg. Ernst hat den Prozeß Waschow erwähnt. Gegen den Abgeordneten selbst schwebt ein Beleidigungsprozeß, den die Regierung in Bromberg angestrengt hat wegen beleidigender Aeußerungen, die der Abg. Ernst im Zusammenhange mit diesem Prozeß getan hat. Dieser Prozeß konnte nicht zu Ende geführt werden, weil Sie die Zustimmung zur Einleitung des Verfahrens gegen den Abgeordneten verweigerten, ich muß mich also einer Stellungnahme enthalten, so lange der Prozeß schwebt; ich würde sonst in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Ich gebe zu, daß in der Abgrenzung der Schulverbände Mißstände bestehen, aber ganz lassen sie sich nicht vermeiden. Man denke nur an die weiten Schulwege auf dem Lande. Ueber die Frage der Koedukation habe ich mich mehrfach geäußert, und ich bin im allgemeinen kein Förderer der gemeinsamen Erziehung. Aber in den unteren Elementarklassen begegnet sie keinem Bedenken, wenn es dadurch ermöglicht wird, das Schulsystem zu verbessern und ein Aufsteigen zu erleichtern.

Es liegt nicht im Sinne der Unterrichtsverwaltung, daß nur die Rektoren den Verkehr mit den Eltern pflegen; ich wünsche, daß auch die Lehrer in nähere Beziehungen zum Elternhaus kommen. In der Budgetkommission ist darüber geklagt worden, daß im Regierungsbezirk Oppeln eine Verfügung erlassen sei, die den Anschein erwecke, als ob eine Ueberwachung des Gottesdienstbesuches durch Kreisschulinspektoren stattfinde. Davon kann keine Rede sein; die Kreisschulinspektoren haben nur darauf hinzuweisen, daß die Gottesdienste besucht werden. Die Neuordnung der Ferien und ihre Zusammenlegung mit denen der höheren Schulen war notwendig; den provinziellen Eigentümlichkeiten in der Ansetzung der Ferien wird nach Möglichkeit von Berlin aus Rechnung getragen werden. Die Schulhäuser sollen zweckgemäß und den Bedürfnissen angepaßt werden, keine Luxusbauten sein. Die Regierung ist bestrebt, das Volksschulunterhaltungsgesetz mit der Zeit auch in Posen einzuführen, und ich glaube, daß in nicht allzu langer Zeit der Zeitpunkt eintritt. Die Regierung ist bereit, die Ungleichheit in der Verteilung der Lasten nach Möglichkeit auszugleichen. Es ist hervorgehoben worden, daß in den Bestimmungen der Novelle zum Landesverwaltungsgesetz an die Stelle der Schulleitung der Regierungspräsident tritt, daß der Unterrichtsminister aus der Schule ausgeschaltet werde. Davon kann natürlich keine Rede sein. Wenn der Regierungspräsident an die Stelle der Schulleitung tritt, dann nimmt er deren Stelle gegenüber dem Minister ein. Der Einfluß des Ministers wird dadurch wachsen, denn die Stellung eines Ministers gegenüber einem einzelnen Beamten ist doch stärker als gegenüber einem Kollegium. Die Schulräte behalten dieselbe Stellung wie bisher. In der Novelle steht kein Wort davon, daß der Kreisausschuß, der Bezirksausschuß oder der Landrat Vorgesetzter des Kreisschulinspektors wird. Davon ist absolut keine Rede. Der Abg. Ernst hat gesagt, in erster Linie seien die Lehrer sachverständig, auf sie sollte man mehr hören. Solche Argumente machen nur böses Blut, indem andere dadurch der mangelnden Sachkunde bezichtigt werden. Ich werde an der Tradition im Volksschulwesen, die sich seit Jahrzehnten bewährt hat, festhalten. Das schließt natürlich ein ruhiges, stetiges Vorwärtsgehen nicht aus. Aber mit einschneidenden Reformen in sich gut entwickelnde Verhältnisse einzugreifen, davor sollten wir uns hüten. Ich werde an der alten Preußentradition festhalten, daß an unseren Volksschulen gelehrt werden Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe. (Beifall.)

Abg. Dr. Heß (Zentr.):

Den gestrigen Ausführungen des Abg. v. Lampe über die Novelle zum Landesverwaltungsgesetz können wir uns nur anschließen; auch wir haben unsere großen Bedenken. Die Novelle bringt keine Dezentralisation, sondern durch die Vereinigung ausgedehnter Befugnisse in der Hand eines einzelnen Beamten führt sie zu einer Zentralisation, zum französischen Präfektursystem. Man könnte fast sagen, der Unterrichtsminister würde zum Unterstaatssekretär des Ministers werden. Die erziehlichen und Unterrichtsinteressen würden sehr leicht durch die fiskalischen Interessen an die Wand gedrückt. Die Kollegialverfassung in der Bezirksinstanz muß bestehen bleiben. Der Kreisschulrat darf nicht in eine Abhängigkeit vom Landrat kommen. Ueberhaupt wäre in der Novelle manches anders ausgefallen, wenn man einen hauptamtlichen Kreisschulinspektor in die Immediatkommission hineingenommen hätte. Der Abg. Ernst hat gestern einen Vergleich zwischen den Deutschen Lehrerverein und dem katholischen Lehrerbund gezogen und dabei selbst mit der Lupe keinen Unterschied finden können. Es gibt auch Lupen die so scharf sind, daß man überhaupt nichts sieht. Vielleicht nimmt er das nächste Mal eine Lupe aus Fensterglas, dann wird er den Unterschied schon finden. Dem Antrag Viereck können wir zustimmen, dagegen haben wir gegen den nationalliberalen Antrag, der leider noch nicht begründet ist, die lebhaftesten Besorgnisse. Er will den bisherigen Ausnahmezustand durch einen neuen schlimmeren ersetzen. Er will nur einen Teil des Volksschulunterhaltungsgesetzes auf die Provinzen Posen und Westpreußen übertragen und macht da Halt, wo die Sache brenzlich wird. Zwischen dem Kolonialprinzip und der Religionsfrage besteht ein Kausalnexus engster Art; sonst hätten wir nicht so lange auf das Schulunterhaltungsgesetz zu warten brauchen. Der Redner klagt hierauf über eine Benachteiligung der Katholiken bei der Unterbringung der Kinder in nicht katholischen Schulen und wünscht Vermehrung der Anstellung katholischer Geistlicher als hauptamtliche Kreisschulinspektoren.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Abg. Pachnicke (Vp., zur Geschäftsordnung):

Dieser Schlußantrag widerspricht einer Abrede unter den Parteien. Allerdings sollte ursprünglich nur eine Serie der Redner bei der Generaldebatte über das Volksschulwesen sprechen. Auf dringenden Wunsch des Zentrums wurde dies aber dahin geändert, daß nunmehr zwei Serien bei dieser Generaldebatte zum Worte kommen sollten. (Hört! Hört! links.) Jetzt haben sie lediglich die Redner der Konservativen und des Zentrums reden lassen und uns durch den Schluß der Debatte eine Antwort unmöglich gemacht. Das ist um so unbilliger, als der Kultusminister in seiner vornehmen Form sehr ernste Angriffe gegen den Vertreter unserer Partei gerichtet hat. Ebenso hat Herr Dr. Heß den Abg. Ernst angegriffen. Eine Antwort hierauf ist uns unmöglich. Wir halten das nicht für ganz loyal, namentlich liegt eine Durchbrechung einer Abrede vor. Was sollen dann schließlich derartige Besprechungen unter Parteivertretern! Wir müssen gegen dieses Verfahren protestieren. Wenn Herr von Pappenheim in seinem Bestreben, die Debatte abzukürzen, hier als Parze Atropos mit der Schere erscheint, so muß er auch berücksichtigen, daß wir ein gutes Recht auf eine sachgemäße Verhandlung dieses wichtigen Gegenstandes haben, die uns durch solche willkürlichen Schlußanträge unmöglich gemacht wird. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Pappenheim (Kons.):

Ich muß auf das entschiedenste bestreiten, daß irgend welche Zusagen inbezug auf die zweite Rednergarnitur gemacht sind. Es wundert mich nur, daß Herr Dr. Pachnicke nicht wieder von Ueberlastung und Ueberhastung gesprochen hat. Einzelne Redner haben in diesem Jahre Dauerreden gehalten, die gegenüber früheren Jahren unsere Zeit ganz enorm in Anspruch nehmen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Legende entgegentreten, daß bei dem landwirtschaftlichen Etat mehr Zeit gebraucht worden wäre. Es geschieht das immer mit einem gewissen Hinweis auf unsere Eigenschaft als agrarische Partei. Auch beim Landwirtschaftsetat steigert sich das Redebedürfnis von rechts nach links. Am meisten haben natürlich die Sozialdemokraten mit ihrem unüberwindlichen Sachverständnis zu sagen gehabt. Aber auch die freisinnigen Redner haben pro Kopf fast noch einmal so lange geredet als die Konservativen. (Zuruf links: Pro Kopf? Reden Sie denn mit einem anderen Körperteile? — Heiterkeit.)

Abg. Dr. Dittrich (Zentr.):

Die Abmachungen waren durchaus unklar. Selbst der Redner der konservativen Partei wußte gestern nicht, um was es sich handelte. Abmachungen, die klar waren, haben wir absolut nicht gebrochen.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.):

Was die Dauerreden anlangt, so brauche ich Herrn von Pappenheim nicht einmal auf den Landwirtschaftsetat, sondern nur auf die heutige Rede seines Freundes Ditfurth zu verweisen. So interessant sie war und so wenig sachlich daran auszusetzen ist, zu diesem Titel gehörte sie nicht; sie hat aber trotzdem ¾ Stunden in Anspruch genommen. Gesündigt wird also auf allen Seiten. Die Ausdehnung unserer Etatsberatungen beruht darauf, daß wir von unserer Geschäftsordnung abgewichen sind, in jeder Woche an einem Tage Initiativanträge zu beraten. Wir sind dazu übergegangen, diese Initiativanträge in Anträge zum Etat umzuwandeln und hierdurch haben sich die Verhandlungen so verlängert. Gewiß ist es ein Zeichen von Redekunst, in kürzerer Dauer alles zu sagen. Es liegt aber im Zuge der Zeit, daß infolge der Unzahl von Interessenverbänden und von Petitionen sich das Haus mehr mit Einzelheiten der Verwaltung befaßt; auch zeigt sich heute ein erhöhtes politisches Interesse im Lande. Dem kann sich keine Partei verschließen. Dazu kommt noch die eigene schöpferische Kraft der Parteien selbst. Eine Selbstzucht der Redner wollen wir alle im Interesse des Ansehens und im Interesse dessen, daß unsere Verhandlungen auch im Lande gelesen werden, empfehlen. Erkennen Sie (zu der Rechten) auch die Tatsache an, daß wir jetzt unsere Wünsche bei der Etatsberatung begründen und zur Abstimmung bringen müssen. Eine feste Abrede zwischen den Parteien hat vielleicht nicht stattgefunden. Aber auch für das Parlament gilt: pacta sunt servanda. Abg. Kesternich teilte m... estern mit, daß die Konservativen seiner Fraktion noch einen zweiten Redner zugestanden hätten und daß damit auch von den anderen Fraktionen zwei Redner zum Worte kommen würden. Ich habe diese zweite Abrede selbstverständlich als bindend angesehen.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz:

Der Präsident ist ja an dem Schluß der Debatte nur insofern beteiligt, als er lediglich das Haus über die Unterstützung eines solchen Antrages zu befragen und es darüber abstimmen zu lassen hat. Aber zur sachlichen Beurteilung der ganzen Frage glaube ich doch einige tatsächliche Mitteilungen machen zu sollen. Das Abgeordnetenhaus hat in früheren Jahren für die Beratung des Etats 30 Tage gebraucht, in der letzten Legislaturperiode bereits 50 Tage, und in dieser Session werden wir für die Etatsberatung mindestens 70, wahrscheinlich 75 Tage gebrauchen. (Hört, hört! Dazu kommt, daß früher nur vier- bis fünfstündige Sitzungen abgehalten wurden, während jetzt fast immer fünf bis sechs Stunden lang getagt wird. Wir haben also gegenüber der vorherigen Session einen Mehrverbrauch an Zeit für die Etatsberatung um mindestens 60 bis 70 Prozent. Wenn die Sache so weitergehen würde, so würden wir im nächsten Jahr etwa 100 Sitzungen für den Etat allein gebrauchen. (Hört, hört!) Ich glaube, daß es bei einem solchen Tempo, auch wenn der Etat vor Weihnachten vorgelegt und wir uns zeitiger mit ihm beschäftigen könnten, niemals möglich sein würde, den Etat nicht nur bis zum 1. April, sondern überhaupt in angemessener Zeit fertig zu stellen. Es scheint mir ein gewisser Widerspruch zu bestehen zwischen der Forderung Dr. Pachnickes, keine Schlußanträge zu stellen, und seiner Klage über die Länge unserer Sitzungen.

Eines kann doch nur sein: entweder wir müssen die Sitzungen mehr ausdehnen oder die Zahl der Redner oder die Länge der Reden verkürzen. Meinen Wünschen würde es mehr entsprechen, die Länge der Reden zu verkürzen, dadurch würde es möglich, daß möglichst viele Redner sprechen. Das Erholungsbedürfnis der Mitglieder empfinde auch ich in hohem Maße, aber dem steht gegenüber die unbedingte Pflicht des Präsidiums und des Hauses, die Geschäfte zu so fördern, wie es den dringenden Interessen des Landes entspricht. (Sehr richtig!) Die Interessen des Landes würden auf das schwerste geschädigt, wenn es nicht möglich sein sollte, den Etat mindestens so rechtzeitig fertigzustellen, daß er noch vor Pfingsten auch vom Herrenhause erledigt werden kann. Ich glaube, das wird für alle Parteien maßgebend sein müssen in bezug auf die zukünftige Einrichtung unserer Verhandlungen. In diesen tatsächlichen Mitteilungen habe ich mich für verpflichtet gehalten und muß die Verantwortung, wenn der Etat nicht so rechtzeitig fertiggestellt wird, daß er auch vom Herrenhause noch vor Pfingsten erledigt werden kann, für das Präsidium ablehnen und den Parteien selbst zuschieben. Ich glaube, vom Präsidium ist geschehen, was irgend konnte, um die Geschäfte des Hauses in der angedeuteten Weise zu fördern, und ich lege Wert darauf, daß man vor dem Lande das Präsidium nicht verantwortlich macht, wenn eine weitere Verzögerung eintritt, die ich allerdings als eine Schädigung der Interessen des Landes bezeichnen müßte.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freikons.):

Hätte man an der ersten Abrede festgehalten, nur eine Reihe Redner sprechen zu lassen, so wäre das ungleich zweckmäßiger gewesen. (Sehr richtig! links.) Ich selbst habe mich mit einiger Ueberwindung abschneiden lassen (Heiterkeit), weil wir die zweite Lesung schon mit Rücksicht auf den Minister beendigen müssen. Es ist eine alte Erfahrung, daß, wenn der Etat nicht vor Ostern fertig wird, die Beratung bis ins Unendliche geht. Ob das Herrenhaus den Etat noch vor Pfingsten wird beraten können, werden wir erst in der nächsten Woche sehen. Sicher haben wir aber im nächsten Jahre die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Etat vor dem 1. April zustande gebracht wird und die Staatsregierung muß dafür sorgen, daß die Zeit vom Januar bis April uns für die Etatsberatung freigemacht wird. (Sehr richtig! links u. b. b. Freikons.)

Abg. Dr. Friedberg (Natl.):

Herr von Pappenheim war bestrebt, die Aufmerksamkeit von dem vorliegenden Fall auf andere Dinge abzulenken; ich bleibe aber bei dem vorliegenden Fall und hier fühlen wir uns beschwert dadurch, daß man uns nichts mitgeteilt hat von der Abweichung von der früher getroffenen Abmachung, nur eine Serie Reden sprechen zu lassen! Ueberrascht man uns aber auf diese Weise, dann durfte man nicht nach zwei Rednern Schluß machen. Eigentümlich und hier wohl noch nicht vorgekommen ist auch, daß das Zentrum, dessen Redner gegen andere polemisiert hat, dann den anderen die Erwiderung abschneidet. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Dr. Heß (Zentr.):

Infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses ist der Inhalt der Abweichen von der ursprünglichen Abrede nicht mitgeteilt worden; das hängt mit der außerordentlich verwickelten Tagesordnung zusammen. Ich muß Herrn Dr. Friedberg also Recht geben. Ich selbst habe auch gegen den Schluß gestimmt.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.):

Diese Durchbrechung der Abmachungen steht also fest! — Ich glaube, das ganze Haus sollte unserem verehrten Präsidenten die Anerkennung, daß er durchaus bemüht war, die Geschäfte nach Möglichkeit zu fördern. Die Anerkennung geht noch weiter, und ich möchte wünschen, daß sie ihm immer ausgesprochen werden

Persil bleibt Persil
Der grosse Erfolg!
Das beste selbsttätige
Waschmittel für Weiss- und Wollwäsche!
Kein anderer Waschzusatz erforderlich, da hierdurch die Wirkung beeinträchtigt und der Gebrauch verteuert wird.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten Henkel's Bleich-Soda.
Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.
Vertreter für Halle a. S. Heinr. Krogmann, Halle a. S., Rudolf Haymstr. 20 I.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140510030/fragment/page=0001

kann, daß er nämlich die Geschäfte in maßvoller Form und ohne Verletzung der Parteien bisher geleitet hat. (Sehr richtig! links.) Nun aber — es scheint so, ich würde mich freuen, wenn ich mich darin täuschte — scheint die ruhige Leitung diese bisherige Methode zu verlassen. Etwaigen derartigen Versuchen gegenüber wollte ich hier nur erklären, daß wir durchaus für sachgemäße Behandlung der Geschäfte sind und nicht die Absicht haben, sie künstlich irgendwie zu verzögern und daß das, was im Rahmen einer sachgemäßen Behandlung irgend möglich ist, durchgesetzt werden soll. Mit dem gleichen Nachdruck erkläre ich aber, daß wir uns dagegen wehren würden, wenn versucht werden sollte, Gewalt anzuwenden und uns Abendsitzungen aufzubürden, die wir schlechtlich nicht ertragen können. (Lebhafte Zustimmung links.) Seines Fleißes darf sich noch Hessing jeder rühmen.

Die Herren, die hier anwesend und tätig sind, haben jetzt bereits mit den Komissions-, Fraktionssitzungen usw. einen Arbeitstag von 8 Uhr früh bis 12 Uhr nachts. Mehr ist unmöglich, der Parlamentarier ist im Nebenamt noch Mensch. Ich rate Ihnen dringend, machen Sie nicht den Versuch, uns Abendsitzungen aufzunötigen, wenigstens dann nicht, wenn Sie Ruhe halten und es nicht zum Kampf kommen lassen wollen! (Erneute Zustimmung links.) Gewiß ist ein Debattenschluß manchmal nötig, aber nicht, wo entgegenstehende Abreden vorlagen. Wenn wir ungestört weiter arbeiten, können wir den Etat bis Himmelfahrt feststellen, so daß ihn das Herrenhaus noch vor Pfingsten erledigen kann. Kommt die Besoldungsvorlage im Reiche zustande, dann können wir an die Etatsberatung die erste Lesung der Besoldungsvorlage anschließen, die allerdings nach der monatelangen Zurückstellung der Beamtenwünsche mehrere Tage dauern wird. Dann können wir das Fischereigesetz und das Fideikommißgesetz beraten, wenn wir nach Pfingsten wieder zusammentreten. Wir bekommen dann noch keine übermäßig lange Session, und so würden wir über alle Schwierigkeiten glatt hinwegkommen, wenn Sie darauf verzichten, Gewalt anzuwenden.

Die von dem Präsidenten erwähnte Verlängerung der Etatsberatung braucht sich doch nicht automatisch fortzusetzen. Die Dinge haben ein Maß in sich, die Bäume wachsen nicht in den Himmel, das wird sich schon geben, besonders wenn die von dem Hause schon mehrfach geforderte Voraussetzung erfüllt wird, daß die Regierung den Landtag im November einberuft, so daß wichtige Vorlagen schon vor Weihnachten erledigt werden können, und uns dann volle Zeit für den Etat bleibt. Dann werden sich alle Parteien bemühen, den Etat bis zum 1. April zu erledigen, und dann wird das auch geschehen. Das proton pseudos, der erste Fehler, ist die späte Einberufung des Landtags durch die Regierung. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Dittrich (Zentr.):

bemerkt, schwer verständlich, daß dem Abg. Frhrn. v. Zedlitz von der Absicht, die Debatte zu schließen, vorher Mitteilung gemacht worden sei, und dieser sich damit einverstanden erklärt habe. (Hört, hört! links.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Wir sind seit zehn Jahren hier und seit der Zeit ist der Etat nicht rechtzeitig fertig geworden. (Große Heiterkeit.) Ihr Lachen habe ich vorausgesehen und Sie sind richtig auf die Leimrute gehupft. (Erneute Heiterkeit.) Vor zehn Jahren wurde der Etat aber auch nicht rechtzeitig fertig. Nu lachen Sie doch wieder! Wir Sozialdemokraten sind also nicht schuld. (Wiederholte Heiterkeit.) Wir arbeiten jetzt sehr reichlich, d. h. die Herren, die wirklich arbeiten, nicht die Diätenschlucker, die nur hierherkommen, um sich Geld zu holen. Bei ganz wichtigen Debatten waren nur 30 Abgeordnete anwesend. Herr von Pappenheim rechnete uns nach, daß pro Kopf wir am meisten geredet hätten, er machte dann auch den Scherz: Womit reden Sie denn, wenn nicht mit dem Kopf? Das war ein Witz, der in Ostpreußen das donnernde Gewieher aller Ställe hervorgerufen hätte. Hier hätte er sich den Witz aber doch verkneifen sollen.

Abg. Dr. Friedberg (Natl.):

Ich nehme davon Kenntnis, daß ein Teil des Zentrums nicht für den Schluß gestimmt hat. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß das Zentrum die anderen Redner nicht mehr hat zum Wort kommen lassen.

Abg. Otto (Vp.):

Ich bin auch nicht mehr zum Wort gekommen. Ich bedaure das nicht im persönlichen Interesse, sondern in dem der Volksschule. (Vereinzeltes Lachen rechts.) Daß Sie, sobald das Wort „Volksschule" fällt, in Gelächter ausbrechen können (Rufe rechts: Unwahr!), ist bezeichnend. Der Beratungsplan über das Volksschulwesen war an und für sich sehr karg bemessen und durch den Schlußantrag ist die Volksschule nicht zu dem Recht gekommen, das sie in Anspruch nehmen darf. Herr v. Ditfurth hat, als er heute seine Ausführungen über die deutsche Sprache machte — denen ich übrigens zustimme — gesagt, er hätte diese Rede auch bei dem Titel „höhere Schulen" halten können. Ich bedaure, daß er dadurch die geringe Zeit, die uns für die Volksschulen nur zur Verfügung stand, noch gekürzt hat. Dem zweiten Redner meiner Partei ist es dadurch unmöglich geworden, gewissen Lebensfragen der Volksschule vom Standpunkt des Volkes aus zu besprechen. Ich bedaure, durch den Schlußantrag nicht in der Lage zu sein, den Abg. Heß auf seine Bemerkungen über den Deutschen Lehrerverein zu erwidern. Er hat zwar gesagt, er wollte nicht über die beiden Vereine sprechen, hat es aber doch getan und ich bedaure ausdrücklich, den Deutschen Lehrerverein nicht gegenüber dem Abg. Heß infolge des Schlußantrags verteidigen zu können.

Hiermit schließt die Geschäftsdebatte. Sämtliche Anträge werden der Budgetkommission überwiesen.

Die Besprechung wendet sich hierauf der Aussprache über die Ortsschulinspektion zu.

Es liegt vor ein Antrag Aronsohn (Vp.), die geistliche Ortsschulinspektion aufzuheben und die nebenamtliche Kreisschulinspektion durch die hauptamtliche zu ersetzen und hierfür im Dienste der Volksschulen erfahrene Männer, insbesondere in größerer Zahl als bisher seminarisch vorgebildete Lehrer zu berufen.

Ein Antrag Dr. Arendt (fk.) ersucht

1. nach Maßgabe des steigenden Bedürfnisses und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die nebenamtlichen Kreisschulinspektoren durch hauptamtliche zu ersetzen;
2. zu hauptamtlichen Kreisschulinspektoren vornehmlich im Dienst der Volksschule erfahrene Männer, nach Möglichkeit auch insbesondere seminarisch vorgebildete Lehrer zu berufen.

Ein Antrag Dr. Porsch (Zentr.) ersucht,

1. Anordnungen zu treffen, wodurch die künstliche Einrichtung des Rektorensystems an Volksschulen, besonders auch durch Einführung der Gemeinschaftserziehung beider Geschlechter, verhindert wird;
2. auch bei Einführung des Rektorensystems die geistliche Ortsschulaufsicht beizubehalten, solange nicht in anderer Weise das der Kirche gebührende Recht auf Mitaufsicht über den gesamten Unterricht in den Volksschulen sichergestellt ist.

Abg. Dittrich (Zentr.):

Der Antrag Aronsohn steht in schroffem Gegensatz zu dem unseren. Wir lehnen den Antrag Aronsohn ab, da wir entschieden eine Mitwirkung der Kirche bei der Schulaufsicht fordern. Das letzte Ziel des Liberalismus geht auf religionslose Schulen hin, die die Kirche ganz bei der Schule ausschalten wollen. Deshalb sind die Liberalen auch stets gegen die geistlichen Schulinspektoren gewesen. Weil wir das eigentliche Ziel des Liberalismus kennen, sind wir gegen alle Maßnahmen, die der Liberalismus hier fordert. Die Kirche ist nach dem Willen ihres Stifters die große Erzieherin aller Menschen; einmal der Erwachsenen, denn es heißt: „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker!", und dann auch der Kinder, weil Christus gesagt hat: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht". Der gesamte Unterricht muß daher das Gepräge der Konfession tragen. Dies aber bedingt eine Mitwirkung der Kirche und deshalb fordern wir geistliche Schulinspektoren. Wir befinden uns hier im Einverständnis mit dem Minister, der ausdrücklich erklärt hat, daß er nicht daran denkt, die geistliche Schulaufsicht zu beseitigen. Nur geht uns der Minister noch nicht weit genug. Wir wünschen, daß das sogenannte Rektorensystem verhindert wird, weil wir entschieden sogenannte Rektorensysteme verhindert wird, weil wir entschiedene Gegner der Koeducation sind. Mädchen und Knaben sind ganz verschiedene Naturen und müssen deshalb auch in verschiedener Weise erzogen werden. Unsere Hauptforderung haben wir jedoch im zweiten Teil unseres Antrags niedergelegt, der nötige Einfluß muß der Kirche gewährt werden. Wir halten fest, was wir haben, bis wir Besseres bekommen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. von Zedlitz (Freikonf.):

Wir lehnen den Zentrumsantrag in seinen beiden Teilen ab, namentlich den letzten. Eine geistliche Ortsschulaufsicht aus eigenem Rechte gibt es in Preußen nicht. Auch der geistliche Schulinspektor übt sein Amt nur im Auftrage des Staates aus. Wir weisen die Forderungen des Abg. Dittrich auf ein Mitwirkungsrecht der Kirche bei der Schule energisch zurück. Wenn wir diese Forderungen erfüllen wollten, so würden wir damit die preußische Volksschule bis hinter die Zeit Friedrichs des Großen zurückschrauben. Der Zentrumsantrag ist heute eigentlich kaum mehr diskutabel, man kann ihn nur glatt ablehnen. Den freisinnigen Antrag möchte ich aber auch nicht zur Annahme empfehlen, er verlangt etwas, was zurzeit noch nicht durchgeführt werden kann und geht über das richtige Maß hinaus. Wir wünschen, daß nach Möglichkeit Kreisschulinspektoren im Hauptamte angestellt werden und daß man hierzu vornehmlich Männer nimmt, die im Schuldienst erfahren sind. Diese Forderungen haben wir in unserem Antrag niedergelegt. (Beifall b. d. Freikonf.)

Abg. Graue (Np.):

Ich möchte zuerst einige Worte dem Andenken unseres vortrefflichen Kollegen Houkenberg widmen, der früher bei dieser Gelegenheit immer das Wort nahm. Die Frage der Schulinspektion ist keine parteipolitische, sondern eine kulturelle. Wir sind hier eins mit den Nationalliberalen, und auch die Freikonservativen sind, wenn Herr von Zedlitz auch einige Einwendungen gegen unseren Antrag gemacht hat, prinzipiell mit uns einverstanden. Ich bedauere nur, daß die Konservativen sich hier vom Zentrum ins Schlepptau nehmen lassen. Den Zentrumsantrag bekämpfen wir aufs energischste. Das Wort des Zentrumsantrags von einem „gebührenden Rechte der Kirche" ist nichts als eine willkürliche Fiktion, von irgendeinem Rechte kann keine Rede sein. Es handelt sich hier nur um Prätensionen der Kirche und der Kleriker, von denen nichts in der Verfassung steht. Der Staat ist an sich schon der Kirche weit entgegengekommen, weiter kann er es nicht mehr. Die jetzige sog. Ortsaufsicht schädigt die Schule und die Kirche. Die Schule wird geschädigt, weil die Berufsfreudigkeit der Lehrer leidet. Zuviel Aufsicht ist überhaupt vom Uebel, die Stunde, in der die Aufsicht kommt, ist für den Unterricht verloren.

Unser Lehrerstand hat alle Ursache, auf seine Leistungen stolz zu sein. Daß unser Volk seit 1870 in wirtschaftlicher Beziehung so fortgeschritten ist, dankt es doch auch mit den Lehrern, die es für die verschiedenen Berufe vorgebildet haben. Der Kirche schadet die Schulaufsicht aber auch, weil den Geistlichen hier Aufgaben zugemutet werden, für die sie ihrer ganzen Vorbildung nach nicht geeignet sind, von denen sie nichts verstehen. Reibereien zwischen Geistlichen und Lehrern sind da unausbleiblich, und darunter muß die Autorität der Geistlichen leiden. Wir wollen Frieden zwischen den Lehrern und Geistlichen, und deshalb verlangen wir die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht. (Beifall links.)

Abg. v. Pappenheim (Kons.):

Eine „geistliche Schulaufsicht" gibt es in Preußen nicht, sondern nur eine Schulaufsicht, die durch Geistliche ausgeübt wird. In der Gegnerschaft des Vorredners gegen die „geistliche Schulaufsicht" liegt eine Selbsterkenntnis die durchaus sympathisch ist. Es scheint allerdings nicht jeder Geistliche sich zur Ortsschulaufsicht zu eignen. Die Behauptung, daß die Konservativen sich bei dieser hochwichtigen Frage vom Zentrum ins Schlepptau nehmen lassen, läßt sich nur durch die parlamentarische Jugend des Vorredners entschuldigen. (Sehr gut! rechts.) Die Frage der Ortsschulinspektion durch Geistliche ist keine Prinzipienfrage, sondern regelt sich nach praktischen Gesichtspunkten und dem jeweiligen Bedürfnis. Den zweiten Teil des Zentrumsantrages lehnen wir grundsätzlich ab, auch der erste Teil scheint uns bedenklich. Unsere Stellungnahme deckt sich mit den Ausführungen des Kultusministers. Der fortschrittliche Antrag geht zu weit.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Wir stehen im wesentlichen auf dem Standpunkte des fortschrittlichen Antrages; unsere Stellung hat schon verschiedentlich der verewigte Abg. Dr. Hackenberg klargelegt. Das Tempo in der fachmännischen Schulaufsicht muß beschleunigt werden. Die Konservativen haben bisher zwar hierbei einige Schwierigkeiten gemacht, aber schließlich doch in der Regel die neuen Kreisschulinspektoren bewilligt. Es ist sogar vorgekommen, daß die Konservativen in einem Jahre eine neue Kreisschulinspektorstelle abgelehnt haben, um ihre Visitenkarte beim Kultusminister abzugeben, und im nächsten Jahre ohne weitere Begründung bewilligt haben. Sollte der freisinnige Antrag abgelehnt werden, werden wir für den freikonservativen Antrag stimmen. Wir wollen, daß die Rektoratsschulen dem Bedürfnis entsprechend vermehrt werden. Allerdings soll man bewährte Geistliche nicht mit rauher Hand aus ihrem Amte entsetzen. Der Zentrumsantrag beginnt mit einem Piano und endet mit einem Fortissimo. Das gilt namentlich von dem Schlußsatze, der von dem der Kirche „gebührenden Rechte" auf Mitwirkung über den gesamten Unterricht in der Volksschule spricht.

Namens meiner Partei habe ich hierzu zu erklären: „Der Zentrumsantrag geht von der Anschauung aus, daß der Kirche ein Aufsichtsrecht an den Schulen des preußischen Staates zusteht. Er will dieses vermeintliche Aufsichtsrecht verwirklichen. Diese Anschauung widerstreitet der seit Jahrhunderten in Preußen geübten Praxis, sie steht mit dem preußischen Landrechte, der Verfassung und dem Schulunterhaltungsgesetz in Widerspruch, indem diese Gesetze die Schule als Veranstaltung des Staates sichern. Es übt der preußische Staat Hoheitsrechte aus, auf die kein moderner Staat, der selbstbewußt die ihm ureigenen Aufgaben in Angriff zu nehmen gewillt ist, verzichten kann. Der Antrag trifft somit die empfindlichste Stelle des Staates auf Grund eines einseitigen, nie anzuerkennenden Anspruchs der katholischen Kirche und ist mit der Staatssouveränität und den Staatszwecken nicht vereinbar; er würde ferner die in Preußen in den Schulen geleistete Arbeit in Frage stellen, den Staat auf dem Gebiete des Schulwesens unter die Botmäßigkeit der Kirche bringen und den Frieden zwischen Staat und Kirche aufs äußerste gefährden. Die dadurch entstehenden Reibungen würden auch die erwünschte Mitarbeit der Kirche an den Schulen nicht fördern, sondern hindern. Die nationalliberale Fraktion lehnt daher diesen verfassungswidrigen und friedensstörenden Antrag des Zentrums ab. Abg. Dittrich hat den Anspruch der Kirche auf die Schule mit dem Bibelwort „Gehet hin in alle Welt" begründet. Dadurch trägt man eine durchaus innerkirchliche Frage in das Parlament hinein. Wir können hier doch keine Bibelexegese treiben, sind kein Konsilium von Kirchenvätern. Wir müssen diese Auffassung als durchaus unbibelmäßig und unevangelisch zurückweisen. Wenn der Staat eine Aufgabe in den Kreis seiner Souveränität hineingezogen hat, kann er nicht dulden, daß jemand, der von ihm nicht abhängig ist, hineinredet. Die Schule ist eine Staatsanstalt. Der Antrag des Zentrums ist durchaus unbrauchbar. Der christliche Geist unserer Volksschule ist in keiner Weise gefährdet. Das hat Herr Dr. Porsch auf dem Deutschen Katholikentage ausdrücklich anerkannt. Dann sind aber solche Anträge sachlich im Augenblicke nicht motiviert. Es gibt nur einen Staat in Europa, dessen Schulen im wesentlichen unter dem Einfluß der Kirche stehen, das ist Belgien. In Deutschland gibt es 0,5 pro Mille Analphabeten, in Schweden 0,1, in England 1,0, in Belgien 10; auf dem Lande soll es sogar noch Orte mit 70 Prozent Analphabeten geben. Das sind doch immerhin Vergleichszahlen, die uns ängstlich machen können. Unsere Schule soll eine durch und durch nationale Grundlage haben. Wir müssen die Zentrumsanträge als indiskutabel ablehnen. Dadurch würde die Entwicklung eines gesunden Schulwesens in Preußen nur gehemmt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Nationalliberalen, die heute so tapfer gegen die geistliche Schulaufsicht kämpfen, haben selbst dafür gesorgt, daß seinerzeit die Schule der Kirche ausgeliefert wurde. Das Ganze ist nur eine Spiegelfechterei. Dem Antrag der Freisinnigen stimmen wir zu. Die Konservativen sind tatsächlich im Schlepptau des Zentrums, das haben sie namentlich bei der Vorromäus-Enzyklika gezeigt. Zu welchen bedenklichen Folgen die geistliche Schulaufsicht führen kann, beweist ein Fall in Weißensee, wo einem Hauptlehrer, der dem Geistlichen eine etwas burschikose Antwort gegeben haben soll, so lange zugesetzt worden ist, bis er infolge der Aufregungen einem Schlaganfall erlag. Die Verfügungen der Schulaufsicht sind jeder rechtlichen Kontrolle entzogen. Auch die Novelle zum Verwaltungsgesetze schafft hier keine Besserung.

In einer Fortbildungsschule im Regierungsbezirk Halle war die Zeitschrift „Wir sind Deutschlands Jugend" als Lesebuch eingeführt worden. Die Schulaufsichtsbehörde bestätigte dies. (Vizepräsident Dr. v. Krause macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Fortbildungsschulen und der Regierungspräsident nicht zu diesem Etat gehörten und ruft ihn, als er weitere Einzelheiten dieses Falles vorträgt, zur Sache.) Die Eltern der Schüler weigerten sich, die Zeitschrift zu halten, erhielten ein Strafmandat, wurden dann vom Gericht freigesprochen, vom Kammergericht aber verurteilt. Es ist ein unerhörter Versuch, eine politische Zeitschrift, die literarisch und wissenschaftlich auf dem niedrigsten Niveau steht, mit Billigung der Schulaufsichtsbehörde als Lehrmittel in die Schule einzuführen. (Rufe auf der Rechten: Zur Sache!) — Ja, Herr v. Pappenheim, sie würden natürlich hier so etwas vorbringen dürfen, ich darf es aber nicht. (Erneute Zurufe rechts: Vizepräsident Dr. v. Krause ruft den Redner zum zweitenmal zur Sache und macht ihn auf die Folgen eines dritten Rufes zur Sache aufmerksam.) Ich wäre in zehn Minuten mit meiner Rede fertig gewesen, wenn mich der Präsident nicht unterbrochen hätte. Ich habe von neuem lückenlos bewiesen (Lachen rechts), daß unsere Schulaufsicht geneigt ist, politische Einflüsse auf die Volksschule geltend zu machen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Cassel (Zp.):

Der Abg. v. Pappenheim hat dem Abg. Graue vorgeworfen, daß er noch ein parlamentarischer Neuling sei und als solcher nur davon habe sprechen können, daß die Konservativen im Schlepptau des Zentrums seien. Nicht nur konservative Neulinge, sondern auch alte, erfahrene Parlamentarier haben den Freisinnigen vorgeworfen, sie seien im Schlepptau der Sozialdemokratie. Wenn wir in solchen Fällen in ähnlicher Weise persönlich geworden wären, wie Herr v. Pappenheim gegen unseren Freund Graue, so würde das dem guten Ton in diesem Hause nicht gedient haben. Es ist auch nicht berechtigt, den Abg. Graue als Neuling zu bezeichnen. Unser Kollege Graue war 20 Jahre im Amt und 7 Jahre Schulinspektor, da braucht er sich von Herrn von Pappenheim keine Vorschriften, wie er zu reden hat, machen zu lassen. Wir erkennen an, daß die Regierung sich große Verdienste um das Volksschulwesen erworben hat. Wir bedauern aber, daß vor der Hand eine Beteiligung der Lehrer an der Regierungsinstanz nicht zu erreichen ist. Um so weniger sollte man daher an den Rechten der städtischen Schuldeputationen rütteln. Wir wünschen eine möglichst selbständige Stellung des Schulinspektors, keineswegs aber sollte man ihn dem Landrat unterstellen.

Hiermit schließt die Besprechung über diesen Gegenstand.

Persönlich bemerkt

Abg. v. Pappenheim (Kons.):

Ich habe dem Pfarrer Graue — — — —

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Es ist nicht üblich, daß Abgeordnete mit ihrem Berufstitel angeredet werden. (Zuruf: Das hätte so ein alter Parlamentarier doch wissen müssen.)

Abg. v. Pappenheim (Kons.):

Ich habe dem Abg. Graue keine Vorschriften machen wollen, ich habe mich nur dagegen gewandt, daß er uns vorwarf, wir hätten uns aus parteitaktischen Gründen vom Zentrum ins Schlepptau nehmen lassen.

Der Titel wird bewilligt. Alle drei Anträge gehen an die Unterrichts-Kommission.

Sodann vertagt das Haus die weitere Beratung auf Montag 11 Uhr.

Schluß 8/5 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

258. Sitzung vom Sonnabend, den 9. Mai 1914.

Am Bundesratstisch: v. Falkenhayn.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Der Militäretat.

(Fünfter Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel: Militärjustizverwaltung.

Abg. Kunert (Soz.):

Die Zahl der Soldatenmißhandlungen können wir nicht feststellen, wir kennen nur die Zahl der Gerichtsverhandlungen. Diese haben wohl abgenommen, aber damit ist noch nicht bewiesen, daß auch die Mißhandlungen abgenommen haben. Der Kern des Uebels ist unsere rückständige Militärgerichtsbarkeit. Der schon vor sechs Jahren von uns gefaßte Beschluß auf Vorlage einer Kriminalstatistik ist vom Bundesrat in der schnödesten Weise abgelehnt worden. (Präsident Dr. Kaempf rügt diesen Ausdruck.) Gegen ungerechtfertigte Befehle der Vorgesetzten müßten den Soldaten ein Notwehrrecht zugestanden werden. In Bezug auf den strengen Arrest reichen selbst die Befugnisse der russischen Offiziere nur halb so weit als die der deutschen Offiziere. Selbst Knebelung kommt bei uns noch vor. Das ist entehrend für diejenigen, die solche Strafen verhängen. Seit Jahrzehnten ist keine Reform der Militärgerichtsbarkeit durchzusetzen. Dieses gemeingefährliche Verfahren, der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140510030/fragment/page=0002

Militärregierung muß entschieden gebrandmarkt werden. (Vizepräsident Paasche ruft den Redner zur Ordnung.) Gegen solche Infamie müssen wir Front machen.

Generalmajor v. Langermann:

Wir können nicht mehr tun, als Ihnen die Zahlen der Kriminalstatistik bekanntzugeben. Wenn Sie uns nicht glauben, können wir es nicht ändern. Eine Reform der Militärgerichtsbarkeit wird sich vor der Reform der Zivilgerichtsbarkeit nicht durchführen lassen. Die Gerichtsbarkeit der Militärjustiz überhaupt zu entziehen, können wir nicht gutheißen. Daß Gesundheitsschädigungen durch strengen Arrest erfolgt sind, ist noch der Statistik unrichtig. Die Kriminalstatistik des Heeres ist günstiger als die zivile Statistik und sie weist eine Besserung im Laufe der Jahre auf.

Abg. Weinhausen (Vp.):

Mir geht aus meinem Wahlkreise ein mich aufs tiefste bewegender Brief zu. Ein vor neun Jahren in China vom Militärgericht verurteilter ehemaliger Soldat erhält heute noch Briefe von der Militärverwaltung mit der Aufschrift: „An den ehemaligen Militärgefangenen Soundso." Hier wird ein ohnehin bedrücktes Gewissen in schwerster Weise mißhandelt. Ist ein derartiges Verfahren Regel oder Ausnahme?

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Mir ist nicht bekannt, wie in solchen Fällen im allgemeinen verfahren wird. Billigen könnte ich ein Verfahren, wie hier dargestellt, nicht. Ich hätte es gern gesehen, wenn ich vorher über die Sache unterrichtet worden wäre. Dann hätte ich heute schon sagen können, daß ich bereits eingegriffen habe, um derartigen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Meißen (Soz.):

Die Militärverwaltung bestreitet immer, daß der Boykott aus politischen Gründen verhängt wird. Das Gegenteil läßt sich aber an vielen Beispielen nachweisen. In Sachsen sind wir damit keineswegs besser daran als in Preußen. Ich allein könnte über hundert derartig boykottierte Lokale anführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als der Redner sich anschickt, diese Lokale nacheinander aufzuzählen, ersucht ihn Vizepräsident Dr. Paasche, sich kürzer zu fassen, da noch 49 Redner zum Militäretat vorgemerkt seien. (Große Unruhe.)

Na ja, aber einige Beispiele muß ich doch noch anführen. (Heiterkeit.) Als Dr. Paasche den Redner zum zweiten und dritten Male mit demselben Hinweis unterbricht, fährt dieser fort: Ja, jetzt kommt ich erst zu den interessanten Fällen. (Heiterkeit.) Allen Versicherungen vom Bundesrat zum Trotz muß es dabei bleiben, daß hier das Militärverbot immer aus politischen Gründen verhängt worden ist.

Sächs. Militärbevollmächtigt. General Leuckart v. Weißdorf:

Das Militärverbot wird nur verhängt von dem militärischen Befehlshaber, der für die Disziplin seiner Truppen verantwortlich ist. Soweit möglich, werden die wirtschaftlichen Interessen der Inhaber geschont. Aber allein der militärische Befehlshaber vermag zu beurteilen, ob das Verbot dauernd oder nur für einige Tage zu verhängen ist. Soweit er nicht aus eigener Wahrnehmung entscheidet, stürzt er sich auf das Urteil der Polizeibehörde. An dieser Handhabung halten wir fest und lassen nicht nach im Interesse der Disziplin. Denn eine Truppe ohne Disziplin und Ordnung ist nicht brauchbar. (Beifall rechts.) Zurückweisen muß ich die schweren und sicher ganz ungerechtfertigten Angriffe auf die sächsischen Gendarmen. (Beifall rechts.) Im übrigen gebe ich auf die Erörterungen des Abg. Schmidt nicht ein. Sie gehören in ihrer Mehrzahl zu dem Ministerium des Innern. Ich habe ihm im vorigen Jahre bereits gesagt, sie in Sachsen vorzubringen; das kann ich nur wiederholen.

Abg. Keil (Soz.):

Auch in Württemberg sind solche Militärverbote vorgekommen. Mit solchen Mitteln hebt man die Disziplin nicht.

Württemb. Militärbevollm. Generalmajor v. Graewenitz:

Es ist nicht Sache einer Militärbehörde, festzustellen, was ein sozialdemokratischer Verein ist. Das ist Sache der Polizeibehörde.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Ist der Kriegsminister bereit, mit den Generalkommandos ein Einvernehmen herbeizuführen dahin, daß die jetzige Handhabung des Militärboykotts gemildert wird?

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Wir nehmen gern Notiz davon, daß der Abg. Schoepflin keine völlige Beseitigung, sondern nur noch eine Milderung des Militärverbotes verlangt hat. (Unruhe b. d. Soz.) Wir haben seit einiger Zeit Milderungen eingeführt und sind nach den gemachten Erfahrungen ganz zufrieden damit. Für weitere Milderungen werden wir aber nicht zu haben sein.

Abg. Zimmermann (Natl.):

Die bei der Landesaufnahme beschäftigten Kupferstecher sind durch die Einführung des jetzigen Akkordsystems schwer geschädigt worden. Wünschenswert ist, daß der Kartenverkauf dem Buchhandel freigegeben wird.

Generalmajor v. Schoeler:

Wir haben eine grundlegende Aenderung in der Besoldung der Kupferstecher bereits ins Auge gefaßt. Das jetzige, aus Gehalt und Akkord kombinierte System entspricht unseren Wünschen nicht.

Bei der „Geldverpflegung" bespricht

Abg. Held (Natl.)

die Schädigungen der Offiziere durch das dauernde Verweilen in kleinen Garnisonen. Sie müssen verbittert werden, wenn sie in den kleinen Garnisonen jene geistigen Anregungen vermissen, die den Kameraden in den großen Städten geboten sind. Die erforderlichen Versetzungen von Reserveoffizieren zum Train muß in allen Fällen sofort erfolgen, damit die Offiziere Gelegenheit haben, den schweren Traindienst gründlich zu erlernen. Der hohe Wert eines guten Trains sollte in der Armee genügend gewürdigt werden.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Wir verkennen die Nachteile der kleinen Garnisonen nicht. Eine regelmäßige Verschiebung läßt sich praktisch nicht durchführen, da jedes Offizierkorps ein geschlossenes Ganzes bildet, dessen Charakter man nicht durch fortwährende Aenderungen stören kann. Es ist auch schwer, die richtige Auswahl aus den Offizieren für die Versetzungen aus den Grenzgarnisonen zu treffen. Uebrigens haben sich die Verhältnisse gebessert insofern, als die Offiziere jetzt nicht mehr so lange in den Grenzgarnisonen bleiben. Die Hebung des Trains wird seit Jahren eifrig betrieben. Ein weiterer Ausbau ist geplant, seine Durchführung hängt von der Bewilligung des Reichstags ab. Insbesondere soll die Wehrhaftigkeit des Trains besser als bisher ausgebildet werden, von einer Aenderung des Namens haben wir aber abgesehen, da der Train unter diesem Namen mit Ehren an den Kriegen teilgenommen hat und deshalb selbst die Beibehaltung des Namens wünscht.

Abg. Ponschab (Zentr.)

tritt für Besserstellung der Waffenmeister ein, die zu mittleren Beamten aufrücken möchten.

Generalmajor v. Wild:

Diesem Wunsche kann nicht entsprochen werden; dagegen spricht ihre handwerksmäßige Beschäftigung. Auch in das Zivilbeamtenverhältnis können sie nicht überführt werden.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Man könnte doch gehobene Unterbeamte aus ihnen machen und sie dadurch besserstellen.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Diesen Wunsch finde ich begreiflich, kann aber keine bestimmte Zusage machen.

Abg. Pauly-Cochem (Zentr.):

In der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurde es sehr unangenehm empfunden, daß zur Zeit der Ernte die Einziehung von Reservisten in großem Umfange erfolgte. Das ist inzwischen besser geworden und ich möchte der Militärverwaltung den Dank dafür aussprechen. In besonderen Notfällen sollte den Soldaten aus familiären Gründen die Erlangung des Urlaubs erleichtert werden.

Abg. Schwabach (Natl.):

Die Einwohner der Kreise Memel und Heidekrug wünschen dringend die Errichtung eines Bezirkskommandos in Memel. Die beiden Kreise werden schon immer von der Militärverwaltung recht stiefmütterlich behandelt und auch bei der letzten großen Heeresvermehrung sind ihnen keine neuen Garnisonen gewährt worden.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

In den Uebungsbestimmungen wird die weitgehendste Rücksicht auf die Verhältnisse des Weinbaues genommen. Der Wunsch des Abg. Schwabach wird in wohlwollende Erwägung gezogen.

Abg. Zubeil (Soz.):

Den Zivilberufsmusikern wird die Existenzmöglichkeit immer mehr durch die übermächtige Konkurrenz der Militärmusiker erschwert. Die Militärmusiker haben aus dem Gelde der Steuerzahler so viele Vorteile, daß die Zivilmusiker in dem Konkurrenzkampf sehr benachteiligt sind. In den Berliner Militärkapellen haben viele Musikmeister Minister-Einkommen. Die Militärkapellen spielen überall, sogar bei Schweine- und Schlachtfesten. (Heiterkeit.)

Das Generalkommando hat abgelehnt, mit dem Zentralverband der Zivilberufsmusiker in Unterhandlungen zu treten über einen Einseits-Mindesttarif für Zivil- und Militärkapellen. Die Militärkapellen unterbieten fortgesetzt die Zivilkapellen. Von ihnen wird die schlimmste Schmutzkonkurrenz geübt. Die Militärmusiker werden von den Kapellmeistern ausgebeutet. Die Militärkapellen wirken gemeinsam mit Ulk-Bauernkapellen am Bockbiertrubel mit. Seit Inkrafttreten der Angestelltenversicherung bevorzugen die Wirte natürlich erst recht die Militärkapellen, um die Versicherungsbeiträge zu sparen. Die Militärmusik muß auch in steuerlicher Beziehung als reiner Gewerbebetrieb betrachtet werden. Sie verbreitet die Gassenhauermelodien. Es gibt einen Militärkapellmeister, der komponiert nicht bloß, er dichtet auch! (Zuruf des Abg. Schultz-Bromberg: Unerhört! Große Heiterkeit.) Nein, das ist nicht unerhört! (Erneute Heiterkeit.) Da heißt es z. B.:

Untern Linden, Untern Linden
Geh'n die kleinen Mädelein.
Hest du Lust mal anzubinden,
Wandere munter hinterdrein.
Bist du am Pariser Platz
— Schwupds, da ist sie schon dein Schatz!

(Andauernde schallende Heiterkeit.) Das soll Kulturarbeit sein?

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Das warme Herz, das der Vorredner offenbar für die Zivilmusiker hat, habe ich auch. Wir verübeln den ehrsamen Stand nicht, daß er für sein Recht eintritt. Aber auch wir haben unsere Existenzberechtigung. Wir haben viele einschränkende Bestimmungen erlassen, daß wirklich darin nicht weiter gegangen werden kann. Musik wird jetzt in geradezu schrecklicher Weise gehoben. In Berlin kann man kaum noch ein Glas Bier trinken, ohne Musik. Und mancher denkt wie Wilhelm Busch:

Musik wird oft nicht schön empfunden,
Weil stets sie mit Geräusch verbunden!

Es gibt eine Ueberproduktion von Musikern. Aber es sind nicht bloß Deutsche, sondern Ungarn, Slowaken, Russen usw. Das vorgetragene Gedicht galt einem Fastnachtsfest. Da gehen die Wogen wohl einmal zu hoch. Indessen gebe ich zu, daß hierbei der Kulturfaktor etwas unter den Tisch gefallen ist. (Heiterkeit.) Im Ernst gesprochen, unsere deutsche Volksmusik ist ein Kulturfaktor und wird von den Militärkapellen gepflegt. Freilich immer Oratorien spielen — das können Sie nicht verlangen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Und unsere kleinen Städte verlangen Militärmusiker. (Sehr richtig!) Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß einmal ein Kapellmeister seine Stelle verkauft hat. Das darf nicht sein! (Sehr richtig!)

Wir haben gerichtliche Entscheidung angerufen, und ich gebe Ihnen die Versicherung, derartiges wird nicht wieder vorkommen! (Lebh. Beifall.) Aber wie wird solche Stelle manchmal besetzt? Zu einem Obersten, der den „Feuerzauber" nicht von einem Straußschen Walzer unterscheiden kann (Heiterkeit), kommt sein alter Kapellmeister, er könne nicht mehr und empfehle den und den als seinen Nachfolger. Der Oberst fragt seinen Adjudanten, der allenfalls den Zapfenstreich und „Heil dir im Siegerkranz" pfeifen kann (Große Heiterkeit). Sie einigen sich dann, daß der Empfohlene die Stelle erhält. Aber wie gesagt, seitdem wir aufmerksam geworden sind, werden Verkäufe nicht mehr vorkommen. (Lebh. Beifall.)

Wir brauchen Reserve-Musiker, um die Kapellen auf der Höhe zu erhalten. Aus demselben Grunde können wir auch den Gewerbebetrieb nicht entbehren. Das Volk will, daß sie auf der bisherigen Höhe bleiben. Denn, wie Sie (zu den Sozd.) es nennen, öden Kasernenleben schafft die Musik die besten Stunden. Selbst Herr Noske hat verlangt, die Marschmusik solle man den Soldaten nicht nehmen. Ueber wie viele trübe Stunden hat die Musik unsere Leute vor Metz und Paris hinweggeholfen! Und wie erhebend war es, wenn es über die Schlachtfelder klang: „Heil dir, im Siegerkranz" und „Nun danket alle Gott". (Lebh. wiederholter Beifall.)

Abg. Ponschab (Zentr.):

Die Konkurrenz der Militärmusiker muß insoweit ausgeschaltet werden, als sie nicht billigere Preise als die Zivilmusiker stellen dürften.

Abg. Gunsser (Vp.):

Die Forderung des Deutschen Musikerverbandes, den Militärkapellen jeden Wettbewerb zu verbieten, geht viel zu weit. Die Militärkapellen leisten zweifellos Kulturarbeit. Die Klagen der Zivilmusiker zeugen von einem gewissen Futterneid und einem Mangel an Solidarität. Gerade Herren von der sozialdemokratischen Fraktion habe ich oft schon in Lokalen mit Militärmusik getroffen. (Gr. Heiterkeit.) Selbst Herr Zubeil hatte Freude an den Versen. Er schmunzelte. Es tut ihm wohl nur leid, daß er in seinen alten Tagen nicht mehr mitmachen kann. (Heiterkeit.)

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Die Musikbeiträge der Offiziere sind schon reichlich hoch. Sie betragen in manchen Garnisonen für einzelne bis 120 Mark jährlich. (Hört! Hört!)

Abg. Belzer (Zentr.)

fordert eine Garnison für Hechingen, die auch das Wachtkommando für die Burg Hohenzollern stellen könnte. Mindestens sollte ein Bataillon dorthin verlegt werden.

Generalmajor v. Hohenborn:

Auf der Burg Hohenzollern liegen ein Offizier und 36 Mann. Das muß genügen, zumal auch der Kaiser als der älteste des Geschlechts Hohenzollern damit einverstanden ist.

Montag 11 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 6 Uhr.

Wenn sich die ersten lichten Stellen im Haar zeigen

oder wenn die Kopfhaut juckt, ist es höchste Zeit, an eine zuverlässige Haarkur zu denken. Wählen Sie aber nur ein ernstes, vertrauenswürdiges, nach fachmännisch-wissenschaftlichen Grundsätzen zusammengestelltes Haarpflegemittel:

Dr. Dralle's Birkenwasser.

Das quälende Jucken verschwindet sofort. — Schuppenbildung, Haarausfall, Spalten und Brechen der Haare werden verhütet, der Haarwuchs wird mächtig angeregt. — Das Haar wird voll, glänzend, duftig und geschmeidig. — Vorzeitiges Ergrauen wird bei dauerndem Gebrauch vermieden! — Begeisterte Anerkennungen von Aerzten und Laien. Seit 25 Jahren bewährt. Preis M. 1.85 u. M. 3.70.

Zu haben in Parfümerien, Drogerien und Friseurgeschäften sowie in Apotheken.

I. Hall. Versicher. g. Ungeziefer
Johannes Meyer, Gabenstr. 18 pt.
— Telephon 3418 —
Vertilg. v. Ungezief. unt. Garantie.
Zahlung nach Erfolg.

Kiefern-Brennholz
in starken Scheiten, auch klein gemacht, in Fuhren frei Haus.
Carl Schumann, Gr. Steinstr. 30.

Aufklärung.

Sicherlich gibt es auch noch viele Hausfrauen, Junggesellen und Sportsleute, die da meinen,

Cefabu-Kaffee

könne sich nicht restlos lösen. — Cefabu-Kaffee besteht aber **nur** aus den **verwertbaren** Stoffen der Kaffeebohne, ist daher

ohne den geringsten Satz zu hinterlassen in kaltem und heissem Wasser sofort restlos löslich.

Cefabu ist kein Surrogat, seine absolute

Reinheit ist garantiert.

Jederzeit eine Tasse Kaffee im Nu trinkfertig.
Machen Sie einen Versuch!
In allen besseren einschlägigen Geschäften erhältlich.
Verlangen Sie meine aufklärende Gratisbroschüre

Cefabu-Werk Mainz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140510030/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen: Abt. A zu 1321 betreffend die Firma **Bruno Wiesner**, Zigarrengeschäft und Zigarettenfabrik Brunonia, mit dem Sitz in Halle S. Dem **Kurt Walla** in Halle S. ist Prokura erteilt. — Ab A zu 1343 betreffend die Firma: **Mostrich- u. Speiseölfabrik Wilhelm Kahnert & Co.** in Halle S. Inhaber ist jetzt der Kaufmann **Alfred Zeiß** in Halle S.

Halle a. S., den 5. Mai 1914.
Königl. Amtgericht, Abt. 19.

In das hiesige Handelsregister Abt. B zu 24 ist heute eingetragen: **Bernhard Kühl**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitze in Halle a. d. S., Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Vieh und Fleisch; Fortbetrieb des in Halle a. d. S. unter der Firma **Bernhard Kühl** bestehenden Geschäfts; Uebernahme gleichartiger und ähnlicher Unternehmungen, Beteiligung daran, Uebernahme ihrer Vertretung. Das Stammkapital beträgt 140000 Mark. Geschäftsführer sind Viehhändler **Bernhard Kühl**, Kaufmann **Wilhelm Hüttmann**, Fleischermeister **Paul Heßler**, sämtlich in Halle a. d. S. Der Geschäftsvertrag ist am 26. März 1914 festgestellt. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Die Gesellschaft ist auf 10¾ Jahr geschlossen, sie endet am 31. Dezember 1924; sie wird auf weitere 10 Jahre fortgesetzt, wenn keiner der Gesellschafter mindestens 6 Monate vor dem 31. Dezember 1924 die Auflösung und Abwickelung fordert. Der Gesellschafter Viehhändler **Bernhard Kühl** bringt das von ihm unter der Firma **Bernhard Kühl** in Halle a. d. S. betriebene Handelsgeschäft nebst Zubehör mit Aktiven nach dem Stande am 26. März 1914 dergestalt ein, daß das Geschäft von diesem Tage ab als auf Rechnung der Gesellschaft geführt gilt. Passiva werden nicht eingebracht. Miteingebracht sind aber die vorhandenen Gerätschaften und Gebrauchsgegenstände sowie die ausstehenden Forderungen. Der Geldwert, wofür diese Einlage angenommen wird, ist auf 113184 Mk. festgesetzt. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

Halle a. d. S., den 5. Mai 1914.
Königliches Amtsgericht, Abt. 19.

In das hiesige Handelsregister Abt. B zu 325 ist heute eingetragen: **Mitteldeutsche Zementverkaufsstelle, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, mit dem Sitz in Halle S. Gegenstand des Unternehmens ist der kommissionsweise An- und Verkauf von Zement zur Verwendung im Vertragsgebiete und die Wahrung sonstiger gemeinsamer Belange der Gesellschaft. Das Stammkapital beträgt 50200 M. Geschäftsführer sind die Kaufleute **Kar. Haedicke, Oskar Költzsch, Paul Rühr, Paul Wüstner**, sämtlich in Halle S. Dem **Walter Richter** in Halle S. ist Prokura erteilt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. und 31. Dezember 1913, 27. März 1914 und 1. Mai 1914 festgestellt. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen oder durch zwei Prokuristen vertreten. Die Gesellschaft ist bis zum 1. Juli 1925 unkündbar; wird dann gekündigt, so beginnt am 1. Januar 1926 die Abwickelung. Wird am 1. Juli eines folgenden Jahres nicht gekündigt, so läuft die Gesellschaft immer auf 1 Jahr über den nächsten 31. Dezember hinaus weiter. Jeder Gesellschafter kann aber mit halbjähriger Frist auf den Schluß des laufenden Geschäftsjahres die Gesellschaft kündigen, wenn seine vertragsmäßige Absatzberechtigung in den letzten 24 Monaten unter 150 v. H. des ihm zustehenden Teiles des Gesamtkontingents aller Gesellschafter geblieben ist. Die **Oppelner Terraingesellschaft** mit beschränkter Haftung in Oppeln kann den Gesellschaftsvertrag für Ende Dezember 1916 sechs Monat vorher aufkündigen, falls die **Sächsisch-Böhmische Portland-Zement-Fabrik** ein Wettbewerbswerk im schlesischen Gebiete errichtet. Diese Gesellschaft kann den Vertrag mit einer Frist von zwei Wochen zu jeder Zeit für den Zeitpunkt kündigen, wo das schlesische Syndikat zur Auflösung gelangt. Die **Portland-Zementfabrik Germania**, Aktiengesellschaft, in Hannover, die **Norddeutsche Portland-Zementfabrik Misburg**, Aktiengesellschaft, in Misburg und **Portland-Zementfabrik Hoiersdorf**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Hoiersdorf können den Vertrag ohne Frist für den 31. Dezember 1914 kündigen, wenn über diesen Zeitpunkt hinaus eine Verständigung zwischen Mitteldeutschland und Unterelbe nicht zu Stande kommen sollte. Kündigt Teutonia den Kartellvertrag mit der Mitteldeutschen Zementverkaufsstelle, so kann jeder Gesellschafter den Gesellschaftsvertrag zu dem gleichen Zeitpunkte kündigen.

Halle a. S., den 6. Mai 1914.
Königl. Amtsgericht, Abt. 19.

Wie neu wird jeder mit Bechtel's Salmiak-Gallseife gewaschene Stoff jeden Gewebes, vorrätig in Pak. zu 45 u. 25 Pfg. bei Helmbold & Cie.

Stahlschrankfächer
(Safes)
in ihrem feuer- und einbruchsicheren
Banktresor
vermietet die
Mitteldeutsche Privat-Bank
Aktiengesellschaft,
Filiale Halle a. S., Poststrasse 12.

Panzer-Tresor-Fächer
jährliche Miete von 3 Mark an.
Woldemar Thoss, Bankgeschäft, Schulstrasse 7.

Der Jahresbedarf von rd. **250 Tausend Ziegel- und Klinkersteinen** für verschiedene Bauausführungen des Amtsbezirks soll vergeben werden. Die Unterlagen können, soweit der Vorrat reicht, gegen postfreie Einsendung von 50 Pfg. in bar von hier bezogen werden. Die Angebote sind versiegelt und mit entspr. Aufschrift versehen bis Montag, den 18. Mai, vorm. 10 Uhr, einzureichen.
Königl. Eisenbahnbetriebsamt 2
Leipzig. Asterstraße 2.

Zu verkaufen.
Grundstücke.

Gesucht
werden durch uns für
kapitalkräft. Reflektanten
rentable Geschäfte, gute Grundstücke, Fabriken, Güter, Hotels u. sonst. Objekte, auch beste Beteiligungen.
Angebote bitte an die **Hypotheken- und Treuhand-Ges.**, Leipzig, Querstr. 35, II.

Wohnhaus mit Laden in Lobeda, Vorort Jenas, sof. oder später zu verkaufen.
Auskunft erteilt **Bernhard Göbner**, Lobeda 147.

Schönes volles Bauerngut, ca. 88 Morg., gute Geb., Felder u. Inventar, Preis 53000 Mk., Anz. 20000 Mk., krankheitshalb. sofort verkäuflich durch **Max Stroh**, Gera-R., Steinweg 14, I.

Das
Gut Muggerkuhl,
Kr. Westpriegnitz, wird z. Zt. in
Rentengüter
aufgeteilt. Zum Verkauf kommen noch mehrere Bauernstellen in Größe von 30—50 Morgen. Acker durchweg kleefähig und gute zweischnittige Wiesen. Geringe Anzahlung; unkündbare Restkaufgelder. Nähere Auskunft erteilt kostenlos die **Gutsverwaltung**.

Kleine Landwirtschaft
21 Mrg. Acker, 8 Mrg. Wald, gr. schöne Gebäude, Beerenstr., Erdbeeren u. Spargel, Plantage, viele tragb. Obstbäume, alles direkt am Gehöft. Isoliert gelegen auch pass. für Jagdliebhaber, krankheitshalb. billigst bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Offerten erbet. unt. F. 952 an die Expedit. ds. Blattes.

Geschäfte etc.

In Stadt der **Prov. Sachsen** ist langjähr. besteh., sehr g. eingef.
Getreide- u. Futtermittel-Geschäft zu verkauf. Vorjähriger Umsatz 202000 Mk. mit
9000 Mk. Reingewinn.
Besitzer w. auch **Teilhaber** mit **10—15000 Mk.** aufneh. u. das Geschäft bedeut. vergröß. Näh. d. **Fischer & Kuhnert**, Leipzig.

Kaufgesuche.
Grundstücke.

☛ Gewinnbringende
Geschäfte aller Art,
Gewerbebetriebe, Grundstücke,
Landwirtschaften,
☛ **Industrieunternehmen** f. ernsth. **Kapitalist.** zwecks
Kauf oder **Beteiligung**
sofort gesucht. Gegr. 1902.
Conrad Otto, Leipzig, Katharinenstr. 17
Verl. Sie unverbindl. Besuch.

Grundbesitz oder Geschäft
wie: Gut, Zins- od. Geschäftshaus, Hotel, Gasthof, Pensionshaus od. ähnl. bei voll. Auszahlg. sof. ges. v. **Kettler**, Hermsdorf, Mark.

Verschiedenes.

Briefmarken-Sammler
a. London sucht auf seiner Durchreise in Deutschland f. ca. 100000 ℳ selt. Briefmarken u. ganze Sammlungen anzukaufen. Vermittler erhält hohe Prov. Ausführl., nur briefl. Off. nebst Preis unter „Philatelist" **Hotel Sedan**, Leipzig.

Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig
Patentanwälte: Jng. O. Sack. Dr.-Jng. F. Spielmann.

Peckolt & Raake
Bankgeschäft
Halle a. S. **Riebeckplatz.**
An- u. Verkauf u. Verwaltung von Wertpapieren.
Beleihung von Wertpapieren und Hypotheken.
Diskontierung von Wechseln.
— Depositen- und Scheckverkehr. —
Kostenfreie Einlösung von Coupons.
Aufbewahrung von Depots unter eigenem Verschlusse der Deponenten etc. etc.

Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.
Halle a. S., Fernsprecher 903.
Abteilung C
Centralheizungen
aller Systeme.
Besonders empfehlenswert:
Etagenheizungen
vom Küchenherd aus.
Eigene Rohrhütte.

Lerne Violine ohne fremde Hilfe!
ohne Vorkenntnisse kann jeder, ob alt, ob jung, nach der vortreffl. „**Polah**"-**Methode** leichtere Lieder, Volks- und Opernmelodien schon in wenigen Stunden spielen. **Vollständ. Anleit. m. 50 Musikstücken** aller Art, ℳ 3.50 exkl. Porto, Prospekte gratis.
Musik-Verlag „Euphonie", Berlin-Friedenau 264.

GUTHMANN'S ECHTE
Cosmos-Seife
DRESDEN Stck. 25 Pfg.

Zweigniederlassung mit Lager
oder **Repräsentanz** mit **Inkasso** für **Dresden** mit größerem Bezirk — auch für **Bugra 1914** und **Deha 1915** — übernimmt seit 25 Jahren se bständiger Geschäftsmann, geborener Dresdner. **Suche waggonweise Bezug eines Konsumartikels** gegen Kasse, Sofort persönliche Aussprache.
Kfm. Georg Klix, Dresden 1, Schließfach 7.

Unterricht.

Strauß'sche Privatschule für Damenschneiderei,
Barfüsserstrasse 16, II.
Anfertigung eigener Garderobe.
Grosse helle Lehr u. Arbeitsräume. Schnittmusterversand.

Geldverkehr.

Mündelsichere
und andere erstklassige Wertpapiere gibt spesenfrei ab
G. H. Fischer, Bankgeschäft, Alte Promenade 26.

45000 Mark
habe auszuleihen auf nur gute 1. **Haushypothek** in Halle a. S. u. erbitte direkte Offert. unt. H. 932 an die Expedition dieser Zeitung.

Geld g. di ohne Bürgen, schnell reell, kul. Ratenrückz seit 1891 best. Fa. Schulz & Co., Berlin 42, Kreuzbergstr. 21. Rückporto.

Pensionen.

Thale (Harz). Wissenschaft. u. Haushaltungspensionat v **Frau Prof. Lohmann.** Allseit. Fortbild. Neues Haus i. gr. Park. Herrl. gesch. Waldl. Ausf. Prosp.

Pension.
Junge Mädchen, welche die Franckeschen Stift. besuch. wollen, finden gute Pension in nächster Nähe derselben. Off. unter B. 882 an die Exped. d. Ztg.

Lehrerin oder Lehrer finden **gute Pension** Streiberstr. 47, II. rechts.

Vermietungen.

+ Tiergartenstr. 7.
+ **Moderne Einfamilien-Villa**,
+ **10 Zimmer u. Zubehör mit**
+ Garten, im Keller Stube,
+ Kammer und Küche evtl. als
+ Hausmannswohnung zu benutzen, **zum 1. Oktober d. J.**
+ **zu vermieten durch F. Becker**,
+ **Grünstr. 31.**

Gut möbl. Zimmer
mit **Schreibtisch, Gas** und **Zentralheizung, Bad u. Klavierbenutzung** sofort zu vermieten
Alter Markt 25, III l., Eing. Meteritzstr.

Verpachtungen.

Lagerplatz
mit Gleisanschl. a. beliebige Zeit zu verp. Zustellungsgebühr pro Waggon bis auf den Platz M. 1,30. Gute Zufahrt. Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-Anschluß.
C. Rich. Ritter, Königstr. 6.

Offene Stellen.
Männliche.

Stellenvermittlung kostenfrei für Prinzipale,
Mitglieder, Kaufm., techn., landw. Beamte, Bureau-Beamte ꝛc. werden stets gesucht Halbjahrsbeitr. 3 ℳ Prosp. gratis.
Deutscher Privat-Beamten-Verein, Abteilung f. Stellenvermittlung **Magdeburg.**

Stellen-Gesuche
Männliche.

Suche für m. Sohn, der Lehrzeit beendet, zuletzt a. 2000 Mrg. großer Gutswirtschaft in Pomm., f. sofort oder spät. **Stellung als**
Verwalter
a. größerem Gut m. intens. Wirtschaft, bei besch. Gehaltsansprüch. u. Familienanschluß. Näh. Ausk. u. Zeugnis steh. gern zur Verf. Gefl. Angebote an Amtmann **Boldt, Geilsdorf bei Stadtilm in Thür.**

Weibliche.

Einfaches **Fräulein**, perfekt im Schneidern, Frisieren, Zimmerreinigen, sucht ☛ **Stellung** bei einz. Dame od. ält. Ehepaar, wo sich selbige noch im Kochen ausbilden kann. Offerten A. 947 an die Exp. d. Ztg.

Gebildetes Fräulein mit la Zeugnissen nimmt sofort in Halle oder Umgebung eine Stelle als
Kinderfräulein
an. Offert. unt. **C. 949** a. d. Exped.

Verloren.

Portomonnaie mit zi. ca. **Mk. 25.-** von armer Ww. in der **Linden-** od. **Torstraße verloren.** Ehrliche Finder werd. gebet. es **Torstr. 56** Hof parterre abzugeben.

Vermischtes.

Achtung Landwirte!
Hamsterfallen zum Einstecken in den Hamstergang, sehr leicht stellbar und jahrelang brauchbar, liefert nebst Anweisung
Curt Kunze, Schmiedemeister, **Thekla bei Leipzig.**

Club-Sessel, echt Leder, hochf. Arbeit, kurze Zeit in der grossen
Kunst-Ausstellung
Dahlheim gestanden, wie neu sofort für **83 Mark** zu verkaufen.
Abbild. u. Lederpr. gratis u. franko.
H. Lipke, Berlin SW, Kochstr. 8.

Honold'sche
Jalousien
und alle Arten Rolladen, erstklassige, preisgekrönte Fabrikate,

selbsttätig wirkende diebessichere Verschlüsse) (auch an alte Rolljalousien anzubringen).
Gustav Hönemann,
Neue Promenade 16, Am Bauhof 1. Tel. 3631.

Gut eingerichtete
Masch.-Werkstatt
übernimmt **Dreharbeiten, Anfertig. kl. Maschinen, Apparate, Reparaturen** usw. zu billigen Preisen. **Meckelstraße 6.**

Galgenberg
Dampfwäscherei
Färberei
Chemische Reinigung
— Telephon 595. —
Einzige
Rasenbleiche
am Platze.

Ernst Heinrichshofen,
Halle a. d. S., Krukenbergstr. 28.

Cinchona-Pastillen
bewährt gegen **Kopfschmerz, Migräne** und **nervöse Zustände.**
1 Sch. 1 Mk. **Depot u. Versand Löwen-Apotheke Halle a. S.**, am Markt.

Gebildetes Fräulein, 27 Jahre, angen. Erschein., heiteres, einnehm. Wesen, musik. ohne Verm., wünscht **nur besseren, älteren, gutsituiert. Herrn** mit ernsten Lebenanschauungen, der vor allem Herzensbild. an einer Frau schätzt, zwecks späterer Heirat kennen zu lernen. Herren mit vornehm. Char., w. ihr Glück in e. harm. Ehe suchen, w. bitte ihre Adr. u. **Postlagerkarte Nr. 541 Leipzig 1** niederlegen.

Verlobungs-Ringe.
Juwelier **Tittel**.
Ges. gesch. Schmeerstr. 12.

Familien-Nachricht.

Für die mir beim Heimgange meines geliebten Mannes bewiesene Teilnahme sage ich nur auf diesem Wege, auch im Namen aller Hinterbliebenen, meinen herzlichsten Dank.
Frau **Flora Mosler**
geb. Salomon.
Halle a. d. S., im Mai 1914.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140510030/fragment/page=0004